

Interpellation Schmid (SP) betreffend Machbarkeitsstudie zur Erarbeitung der Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion

1

Text

Die Exekutiven von Ostermundigen und Bern sind aufgrund entsprechender parlamentarischer Vorstösse übereingekommen, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion erarbeiten zu lassen. Die Fusionsabklärungen sollen, wie beide Gemeinden betonen, kein Präjudiz für einen späteren Fusionsentscheid darstellen. Vielmehr soll mit der Machbarkeitsstudie eine Grundlage für einen Grundsatzentscheid in die eine oder andere Richtung geschaffen werden. Die Studie startet im März 2019, im Sommer 2020 soll das Ergebnis als Grundlage für einen Grundsatzentscheid vorliegen.¹

Gemäss Medienmitteilung des Berner Gemeinderats vom 13. Dezember 2018² haben Bern und Ostermundigen im Dezember 2018 mit einem Schreiben alle Gemeinden der Stadtregion Bern zur Beteiligung an der Machbarkeitsstudie eingeladen und erwarten deren Antworten bis Ende Januar 2019. Wie der Presse zu entnehmen war, haben die Gemeinden Bolligen und Bremgarten kürzlich zugesagt, was Bremgarten betrifft, sogar ohne konkrete Fusionierungsabsichten. Dem «Bund»-Artikel vom 16. Januar 2019 mit dem Titel «Von Graffenried auf Grossbern-Werbetour»³ zufolge habe u. a. die Gemeinde Muri bereits abgesagt.

Aufgrund dieser Ausgangslage wird der Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- Ist der Gemeinderat Muri mit einem entsprechenden Schreiben im Dezember 2018 vonseiten der Gemeinden Bern und Ostermundigen zur Partizipation an der Machbarkeitsstudie eingeladen worden?
- Wenn ja, hat der Gemeinderat das Schreiben – wie die Presseberichterstattung vermuten lässt – offiziell abschlägig beantwortet?
- Wenn ja, sieht der Gemeinderat zurzeit anderweitige Schritte hinsichtlich einer punktuell stärkeren Zusammenarbeit mit der Stadtregion Bern bzw. insb. der Stadt Bern vor? Wenn ja, welche?

Muri bei Bern, 22. Januar 2019

Eva Schmid

J. Brunner, I. Schnyder, C. Klopstein, R. Racine, L. Hennache, G. Brenni, B. Schneider, L. Lehni (9)

¹ Vgl. Vortrag des Gemeinderats der Stadt Bern an den Stadtrat «Aufnahme Fusionsabklärungen; Projektkredit» vom 12.12.2018 (Beilage zur Medienmitteilung vom 13.12.2018).

² Vgl. «Gemeinsame Medienmitteilung der Gemeinderäte Bern und Ostermundigen» vom 13.12.2018 (https://www.bern.ch/mediacenter/medienmitteilungen/aktuell_ptk/ostermundigen-und-bern-nehmen-machbarkeitsstudie-an-die-hand).

³ Vgl. <https://www.derbund.ch/bern/region/von-graffenried-auf-werbetour/story/13096921#overlay>

Stellungnahme des Gemeinderats

Die gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

- Frage 1
Die vom 12. Dezember 2018 datierte Anfrage der Stadt Bern und der Gemeinde Ostermundigen betr. Beteiligung Machbarkeitsstudie Gemeindefusionen / Verbesserung Gemeindezusammenarbeit ist am 13. Dezember 2018 eingelangt (Beilage).
- Frage 2
Die abschlägige Antwort ist dem Gemeinderat der Stadt Bern und dem Gemeinderat Ostermundigen mit Brief vom 9. Januar 2019 eröffnet worden (Beilage).
- Frage 3
Der Gemeinderat spricht sich – wie im Brief vom 9. Januar 2019 festgehalten – für die Fortführung der aktiven Mitarbeit und das Engagement in der regionalen Zusammenarbeit sowie für einen offenen und gemeindeübergreifenden Dialog aus. In diesem Zusammenhang wird auf den vom 18. April 2017 datierten Zwischenbericht zum Postulat *Regionalkommission Muri BE, Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen* verwiesen (Beilage).

Der Gemeinderat prüft im Rahmen seiner strategischen Aufgabenerfüllung laufend die Möglichkeit von Zusammenarbeiten.

Beilagen

- Eingabe der Stadt Bern / Gemeinde Ostermundigen vom 12. Dezember 2018
- Antwortschreiben des Gemeinderats Muri bei Bern vom 9. Januar 2019
- Zwischenbericht vom 18. April 2017 zum Postulat Regionalkommission Muri BE, Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen

Muri bei Bern, 18. Februar 2019

GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident

Thomas Franke

Die Sekretärin

Karin Pulfer



Gemeinde
Ostermundigen

Schiessplatzweg 1
Postfach 101
3072 Ostermundigen 1
info@ostermundigen.ch



Stadt Bern

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8
stadtkanzlei@bern.ch

10. 01.2. 2019

Gemeindeverwaltung Muri bei Bern
Herr Gemeindepräsident
Thomas Hanke
Thunstrasse 74
3074 Muri bei Bern

Bern, 12. Dezember 2018

Anfrage Beteiligung Machbarkeitsstudie Gemeindefusionen / Verbesserung Gemeindezusammenarbeit

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident

Am 23. August 2018 wurde der Gemeinderat von Ostermundigen von seinem Grossen Gemeinderat (GGR) beauftragt, erste Abklärungen in Richtung von Fusionsverhandlungen zu machen. Im Berner Stadtrat ist ein ähnlich lautender Vorstoss hängig. Daher haben die Exekutiven von Bern und Ostermundigen beschlossen, eine gemeinsame Fusionsabklärungsphase durchzuführen (der Stadtrat von Bern wird im Frühjahr 2019 darüber befinden). Mit einer Machbarkeitsstudie sollen die Vor- und Nachteile einer Fusion von Bern und Ostermundigen ausgelotet werden und gegenüber anderen Formen der Zusammenarbeit abgewogen und damit verglichen werden. Die Studie wird Grundlage sein für den Entscheid zum weiteren Vorgehen in den beiden Gemeinden.

Dieses Projekt kann zum grössten Fusionsprojekt aller Zeiten im Kanton Bern führen. Die Auswirkungen werden in der gesamten Region spürbar sein. Diskussionen um neue Zusammenarbeitsformen werden nicht nur in Bern und Ostermundigen geführt. Insbesondere im Rahmen des Vereins «Bern neu gründen» wurden in den letzten Jahren in der Region Bern diesbezügliche Fragen erörtert. Die Exekutiven von Bern und Ostermundigen laden deshalb die Gemeinden im Perimeter von «Bern neu gründen» ein, sich ebenfalls an dieser Machbarkeitsstudie zu beteiligen und sich so aktiv in den Prozess einzubringen. Eine Beteiligung an einer Machbarkeitsstudie ist *KEIN* Präjudiz für einen späteren Fusionsentscheid. Es geht lediglich darum, Chancen und Risiken auszuloten und für einen Grundsatzentscheid eine solide Basis zu schaffen. Zudem ist dies eine Gelegenheit, um mögliche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit und deren Vertiefung und Verbesserung zu prüfen.

Die Exekutiven von Bern und Ostermundigen bitten Sie, ihnen ein allfälliges Interesse Ihrer Gemeinde an der Teilnahme an der Machbarkeitsstudie bis Ende Januar 2019 mitzuteilen. Sollte sich Ihre Gemeinde dafür entscheiden, wird ein Fusionsabklärungsvertrag zwischen allen beteiligten Gemeinden abgefasst, der Grundlage für die Erarbeitung der Machbarkeitsstudie sein wird. Mitte 2020 soll dann, basierend auf den Ergebnissen der Studie, in den teilnehmenden Gemeinden ein Grundsatzentscheid über das weitere Vorgehen gefällt werden. Fällt dieser zugunsten einer Fusion aus, beginnen die eigentlichen Arbeiten zu einer möglichen Fusion.

Die Exekutiven von Bern und Ostermundigen würden sich über die Beteiligung weiterer Gemeinden an der Machbarkeitsstudie freuen. Die Mitfinanzierung erfolgt durch die Entrichtung eines Pro-Kopf-Beitrags, der je nach Unterstützung des Kantons zwischen Fr. 2.62 und Fr. 3.06 variieren wird.

Für weiterführende Auskünfte stehen Ihnen gerne zur Verfügung Thomas Iten, Gemeindepräsident Ostermundigen, thomas.iten@ostermundigen.ch, Tel 031 930 14 14, oder Alec von Graffenried, Stadtpräsident Bern, alec.vongraffenried@bern.ch, Tel. 031 321 65 21.

Freundliche Grüsse



Thomas Iten
Gemeindepräsident



Alec von Graffenried
Stadtpräsident

Gemeinderat Muri b. Bern

Prot.-Datum: 7. JAN. 2019

Akten-Nr.: 14/0

Gemeinderat Stadt Bern
Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8

Gemeinderat

Gemeinderat Ostermundigen
Schliessplatzweg 1
Postfach 101
3072 Ostermundigen 1

KOPIE

Muri bei Bern, 9. Januar 2019 / KPU

**Anfrage Beteiligung Machbarkeitsstudie Gemeindefusionen / Verbesserung Gemeindezu-
sammenarbeit**

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident
Sehr geehrte Mitglieder der Gemeinderäte

Besten Dank für Ihren Brief vom 12. Dezember 2018.

Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit stets für die regionale Zusammenarbeit ausgesprochen und spricht sich auch mit Blick in die Zukunft dafür aus. Entsprechend dieser klaren Grundhaltung erfolgen auch das diesbezügliche Engagement und die aktive Mitarbeit, u.a. in der Regionalkonferenz.

Gleichzeitig besteht in unserer Gemeinde ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung der Eigenständigkeit und der Autonomie. Gestützt auf diese Grundhaltung hat sich der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 23. Juli 2018 gegen einen Vereinsbeitritt zu Bern NEU gründen ausgesprochen. In Kohärenz zu diesem Beschluss lehnt der Gemeinderat ebenfalls eine Beteiligung an den Kosten einer Machbarkeitsstudie Gemeindefusionen/Verbesserung der Gemeindezusammenarbeit ab.

Wir sind uns der Bedeutung des Fusionsprojekts für die Stadt Bern und die Gemeinde Ostermundigen bzw. deren Auswirkungen auf die Agglomeration bewusst. Unabhängig unserer abschlägigen Antwort fokussieren wir uns auf die Fortsetzung der aktiven Mitarbeit und das Engagement in der regionalen Zusammenarbeit und sprechen uns für einen weiterhin offenen und gemeindeübergreifenden Dialog aus. Im Voraus danken wir Ihnen besten für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

GEMEINDERAT MURI BEI BERN

Der Präsident

Die Sekretärin


Thomas Hanke


Karin Pulfer

**Postulat Regionalkommission Muri BE
Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen;
Zwischenbericht**

1

TEXT

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen einzuleiten:

1. *Der Gemeinderat nimmt mit den benachbarten Gemeinden (z.B. im Perimeter „Bern NEU gründen“) Kontakt auf, um gemeinsam eine "Resonanzgruppe Kernregion Bern" einzurichten.*
2. *Die Resonanzgruppe wird aus Vertretungen der beteiligten Behörden gebildet. Eingeschlossen sind auch Vertretungen der Parlamente (wo vorhanden).*
3. *Die Resonanzgruppe entwickelt gemeinsam Ziele und Vorstellungen für die Entwicklung der Kernregion Bern. Sie stösst Projekte für die gemeinsame Zusammenarbeit an und bildet eine Plattform für urbane Interessen und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in der Kernregion Bern.*

Begründung: Weite politische Kreise sind sich einig: Um die künftigen Herausforderungen und Probleme in der Stadt und Agglomeration Bern meistern zu können, braucht es eine gemeinsame, gemeindeübergreifende Entwicklung der Kernregion. Allerdings besteht kein politischer Konsens über die anzustrebende Entwicklung in der Agglomeration Bern, und es fehlt an geeigneten Strukturen, um die Weiterentwicklung und langfristige Stärkung der Region Bern zielgerichtet angehen zu können. Dieses Ergebnis zeigt auch eine Studie des Vereins "Bern NEU gründen", die der Frage nachgegangen ist, mit welchen Zusammenarbeitsmodellen sich die Zusammenarbeit in der Stadtregion vertiefen liesse.

Zwar besteht für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit eine Vielzahl von Gremien. Diese Gremien haben aber alle einen grossen Perimeter und damit in der Folge eine sehr heterogene Interessenslage. Namentlich hat die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) nicht die Aufgabe, sich um die Probleme und Aufgaben der Kernregion zu kümmern.

Die weitere Entwicklung erfordert aber im unmittelbaren Umfeld der Stadt Bern tragfähige Strukturen, um den gemeindeübergreifenden Dialog zu pflegen und Projekte zur weiteren Entwicklung der Region gemeinsam an die Hand zu nehmen.

19. Januar 2016

B. Wegmüller

*R. Raafflaub, Ch. Spycher, A. Damke, Ch. Grubwinkler,
L. Müller Frei, D. Arn, B. Marti, M. Humm, W. Thut, M. Gubler, B. Legler,
A. Corti, R. Sigrist, S. Kempf, R. Racine, K. Jordi, G. Siegenthaler Muinde,
J. Stettler, J. Aebersold, B. Schneider, B. Fitze Wehrle (22)*

2 ZWISCHENBERICHT DES GEMEINDERATES

2.1 Ausgangslage

Das Postulat ist an der Sitzung vom 24. Mai 2016 einstimmig überwiesen worden.

In den Gemeinden der Kernregion Bern, welche über ein Parlament verfügen (Bern, Köniz, Ostermundigen, Zollikofen und Muri), wurden 2015/16 gleichlautende parlamentarische Vorstösse eingereicht. Diese fordern die Schaffung einer Resonanzgruppe innerhalb des Perimeters der Kernagglomeration, bestehend aus Vertretungen der Behörden und, wo vorhanden, der Parlamente. Die entsprechenden Postulate sind in allen Parlamenten überwiesen worden.

2.2 Aktueller Stand; grundsätzliche Überlegungen

Mitte März 2017 haben sich VertreterInnen der involvierten Gemeinden getroffen, um ein schlüssige und koordinierte Beantwortung der Vorstösse zu diskutieren und vorzubereiten.

Übereinstimmung besteht hinsichtlich folgender Punkte:

1. Grundsätzlich wird das Anliegen der PostulantInnen, die Zusammenarbeit in der Kernagglomeration zu verbessern, akzeptiert und unterstützt.
2. Allerdings besteht ebenfalls Einigkeit darüber, dass bereits eine Vielzahl an Gefässen besteht (Hauptstadregion Schweiz, Regionalkonferenz Bern-Mittelland RKBM, Agglomerationskommissionen, "Boccia-Club" [Zusammenkunft der Gemeindepräsidien der Agglomeration], Bern Neu Gründen, Standortförderung Kanton Bern, Wirtschaftsraum Bern, Handels- und Industrieverein Region Bern, Fokus Bern, Heit Sorg zu Bärn, Plattform Region Bern) und die Schaffung eines weiteren Gremiums voraussichtlich keinen Mehrwert für die verstärkte Zusammenarbeit bringt. Vielmehr soll auf bestehende Gremien zurückgegriffen werden.
3. Es besteht Einigkeit darin, dass die geforderte Resonanzgruppe von den Parlamenten bzw. deren Vertretungen mit Inhalten gefüllt werden muss. Die Exekutiven erklären sich bereit, nötige Unterstützung zu geben und bei der Bereitstellung der Infrastruktur zu helfen.

Der Wunsch der Parlamente nach einem verstärkten Austausch wird anerkannt. Über die Inhalte, Struktur und Grössenordnung einer solchen Reso-

nanzgruppe müssten jedoch primär die Parlamente selber diskutieren und entscheiden. Um diesen Prozess anzustossen, wird vorgeschlagen, einen Initial-Anlass in Form eines Workshops für die betroffenen Parlamente und weiterer Kreise (Perimeter Boccia-Club) zu organisieren. Die erforderliche Infrastruktur (Organisation eines Tagungsortes, externe Moderation, organisatorische Abwicklung etc.) würde zur Verfügung gestellt, um den Parlamenten einen Rahmen für einen entsprechenden Austausch bieten. Die konkreten Inhalte wären von den ParlamentarierInnen selber zu erarbeiten. Ebenso der Entscheid, wie es nach diesem Workshop weitergehen soll.

2.3

Organisation eines Initial-Anlasses

Der Initial-Anlass sollte nach Möglichkeit im Sommer 2017 in Bern stattfinden. Eine Verknüpfung mit dem Vernetzungsanlass der Agglomerationskommission des Stadtrats (AKO) von Bern ist anzustreben.

Als Organisierende werden die Parlamentsgemeinden auftreten und die Einladungen an die Parlamente sowie an die Exekutiven der Gemeinden ohne Parlamente versandt.

Für die Vorbereitung des Initial-Events ist die Einsetzung einer Arbeitsgruppe vorgesehen, welche sich aus den Erstunterzeichnenden der Vorstösse in den einzelnen Parlamentsgemeinden zusammensetzt. Die Präsidialdirektion der Stadt Bern hat sich in verdankenswerter Weise bereit erklärt, die Federführung für diesen Anlass zu übernehmen.

2.4

Wie weiter nach dem Initial-Anlass

Letztlich müssen die ParlamentarierInnen entscheiden, wie es nach dem Initial-Anlass weitergehen soll. Wenn die städtische AKO damit einverstanden ist, könnte deren Vernetzungsanlass im Sommer künftig als Gefäss für die Resonanzgruppe Kernregion Bern fungieren. So könnte eine gewisse Kontinuität sichergestellt werden und auch die inhaltliche Verantwortung läge somit bei den Urhebern der Vorstösse. Falls gewünscht, könnte die AKO eine Begleitgruppe - bestehend aus BehördenvertreterInnen und Erstunterzeichnenden - einberufen (analog zur Vorbereitungsgruppe für den Initial-Anlass).

3

ANTRAG

Gestützt auf die vorangehenden Ausführungen beantragen wir dem Grossen Gemeinderat, folgenden

B e s c h l u s s

zu fassen:

Vom Zwischenbericht zum Postulat Regionalkommission Muri BE
Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen wird
Kenntnis genommen.

Muri bei Bern, 18. April 2017

GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident Die Sekretärin

Thomas Hanke Karin Pulfer

